

Vorschau auf die gleitende Zulage der städtischen Angestellten. Ueber Antrag des StR. Speiser (Soz. Dem.) fasst der Stadtrat in der heutigen Sitzung folgenden Beschluss: Den für die gleitende Zulage in Betracht kommenden städtischen Angestellten ist noch in diesem Monate ein Vorschau auf diese Zulage auszuzahlen, welcher für den Angestellten und für jedes für die Zulage in Betracht kommendes Familienmitglied in Wien mit 100 K für Angestellte außerhalb Wien 90 bzw. 80 K zu betragen hat.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Jänner 1920.

Vor Beginn der Sitzung wurde auf dem Platze des verstorbenen Stadtrates Dr. Fritz Winter ein Lorbeerkrans mit roten Schleifen niedergelegt, welche die Aufschrift tragen: „Fluh der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat“.

Bgm. Rennmann eröffnet die Sitzung mit nachstehendem Nachruf:

Der Gemeinderat hat in der letzten Woche einen zweifachen schweren Verlust erlitten. GR. Franz Hötzel ist am 18. Jänner l. J. im städtischen Krankenhause seinen Leiden erlegen, und am gestrigen Tage ist StR. Dr. Fritz Winter plötzlich an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben.

Franz Hötzel im Jahre 1864 in Wien geboren, hatte sich dem Drechslergewerbe zugewendet und wurde ein eifriger Vertreter des Gewerbestandes. Der 3. Wahlkörper des XVI. Bezirkes entsandte ihn im Jahre 1908 in den Gemeinderat; im Jahre 1914 wurde er von diesem Wahlkörper wiedergewählt; als Nachfolger des StR. Gräf wurde er im Jahre 1917 in den Stadtrat entsendet und wirkte daselbst bis zur Neuwahl des Gemeinderates. Im neuen Gemeinderate vertrat er ebenfalls den XVI. Wiener Gemeindebezirk. GR. Hötzel hat sich seit Beginn seiner öffentlichen Tätigkeit mit grossen Eifer und dankenswerthem Opfermut der Aufgabe gewidmet, die er mit seinem Mandate übernommen hatte. Im Gemeinderate und Stadtrate hat er insbesondere die Interessen des Gewerbestandes nachdrücklich vertreten und war wegen seines offenen Auftretens und seines geraden Charakters bei allen Parteien geschätzt und geachtet.

Dr. Fritz Winter war im Jahre 1876 in Wien geboren, widmete sich dem Rechtsstudium und etablierte sich als Rechtsanwalt in 10. Wiener Gemeindebezirk. Seit Jahren brachte er den öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere der Wiener Gemeindeverwaltung das regste Interesse entgegen, bis er durch seine im Mai des vorigen Jahres erfolgte Wahl in den Gemeinderat Gelegenheit fand, in dieser Körperschaft und zugleich in Stadtrate, in den er gewählt worden war, zu wirken. Sogleich hatte Dr. Winter im Gemeinderate und im Stadtrate, wo ihm ein Grossteil der Rechtsangelegenheiten übertragen worden war, eine umfassende Tätigkeit entfaltet und widmete sich insbesondere erfolgreich der mühevollen Arbeit in den gemeinderätlichen Ausschüssen. So war er Mitglied des Ausschusses zur Beratung des Entwurfes einer neuen Bauordnung, des Komitees zur Verberatung eines neuen Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des häuslichen Dienstpersonales, der Kommission zur Beratung über die Anlegung des Geschworenen-Urliste des Ausschusses zur Vorbereitung von Vorschlägen wegen der Reform des Heirats- und Staatsbürgerrechtes, des Komitees zur Beratung des Entwurfes eines Krankenanstaltengesetzes und der Kommission zur Entscheidung von Beschwerden gegen die Bemessung der Wertzuwachsabgabe. Hingebungsvoll widmete er sich allen diesen Aufgaben und zu früh ist er dem so arbeitsfrohen Leben entrissen worden. Wir werden den beiden verbliebenen Kollegen stets ein ehrendes Andenken wahren.

Der Bürgermeister verliest nachstehende Zusage: Durch Ueberbürdung und neu hinzukommende Arbeiten in der Gewerkschaftskommission ist es mir nicht mehr möglich, mein Gemeinderatsmandat weiter auszuüben. Ich habe auch in meinem Bezirke die Gründe, die mich zur Niederlegung des Mandates zwingen aufgezeigt und es wurde mir nach eingehender Beratung die Zustimmung erteilt. Ich bitte Sie, verehrter Herr Bürgermeister, meine Mandataniederlegung zur Kenntnis zu nehmen und weitem zu veranlassen.

Anna Bonchak, Gemeinderätin.

Bgm. Rennmann macht folgende Mitteilung:

Oberst Rohny, Präsident des Schweizer Roter Kreuzes, dem der Gemeinderat ebenso wie dessen Gattin im Vorjahre für ihre Verdienste auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge die eiserne Salvatormedaille verliehen hat, hat in einem längeren Schreiben im eigenen Namen sowie namens seiner Gattin für diese Auszeichnung des tiefgefühlten Dank übermittelt.

Züfolge Mitteilung des Generalkonsulates in Hamburg vom 6. Jänner hat sich die sozialdemokratische Handlungsgesellschaft „Produktion“ bereit erklärt, 100 Wiener Kinder durch 4 Wochen in ihren Kinderheime in Haffkrug an der Ostsee kostenlos zu verpflegen und dann durch 6 bis 8 Wochen in privater Einzelpflege unterzubringen.

Der österreichische Hilfsverein in Leipzig beabsichtigt, 200 wehrpflichtige Wiener Kinder für 3 Monate in Leipziger Familien kostenlos unterzubringen. Ungefähr 100 Familien in Ueberlohn haben sich bereit erklärt, Wiener Kinder aufzunehmen.

In Bad Kreuznach sind 72 Familien bereit, Kinder Wiens in Pflege zu nehmen. Zufolge Mitteilung des österreichischen Konsulates in Breslau beabsichtigt der Holzgrosshändler Alois Landerer dortselbst gemeinschaftlich mit mehreren Freunden auf eigene Kosten je 20 bis 25 Kinder aus Wien in Karlsruhe in Oberschlesien durch je 2 Monate zu verpflegen und zu versorgen.

Die „Göttinger Zeitung“ hat seit den vorigen Monate für die Wiener Notleidenden eine Sammlung von Geld und Lebensmitteln in die Wege geleitet.

Weiters wurden von der Baronin Rothschild im Auftrage des österr. ung. Hilfskomitees in London für Kinderhilfe 500 englische Pfund übergeben.

Werner haben gespendet: Die Kommission für das europäische Methodisten-Hilfswerk als Liebesgabe für die Versorgung hungernder und leidender Kinder 500.000 K,

der Direktor der vereinigten deutschen Theater in Brunn Dr. Beer den Ertrag einer für die hungernden Kinder Wiens veranstalteten Wohltätigkeitsvorstellung 20.000 K,

die Stadtverordnetenversammlung in Bonn für in höchster Not befindliche Bevölkerung der Stadt Wien 15.000 Mark,

der Fussballklub Nordstern in Basel und zwar zur Hälfte für notleidende Wiener Kinder als Sammelergebnis 14.285 K,

die Vereinigung zur Veranstaltung eines Kriegshilfsbazzars in St. Louis 13.970 K,

der Ost. Verein in Berlin für die Hungernden 10.955 Mark,

Hugo Hechter in Washington für notleidenden Wiener Kinder 10.526 Mark, ein unbekannter Wohltäter unter dem Namen „Wilhelm“, wie in den früheren Jahren zur Anschaffung von Schuhen für bedürftige Kinder der Knabenvolksschule 10, Thavonatgasse 3000 K, für arme Kinder der Bürgerschule für Knaben 10, Quellenstrasse 3000 K, der Volksschule für Knaben 10, Quellenstrasse 4000 K und der Volksschule für Knaben 10 Fuchsbaumgasse 4000 K,

der „Steglitzer Anzeiger“ als Ergebnis einer Sammlung für das notleidende Wien 6137 K und über 2000 Lebensmittelpakete,

die Firma Röwde u. Comp. in Christiania zur Abhilfe der Not 5000 K, und Bekleidungsgegenstände im Werte von ungefähr 3 bis 4000 norwegischen K, Stadthauptkasse Berlin-Schöneberg für hungernde Kinder Wiens 2624 K, die Gesellschaft Oecher Penn in Aachen als Ertragnis des Sylvesterebendes zu Gunsten der notleidenden Kinder Wiens 3311 Mark,

Legat des verstorbenen Fräulein Amalie Westmann für d. Armen 3000 K, die Gemeinde Sommerrain als Ergebnis einer Sammlung für die Ausspeisung Wiener Kinder 1500 K,

Die Gemeinde Bascharage (Luxemburg) für den Lebensmitteldienst der Gemeinde Wien 1000 französische Franken,

Berhuis in Wroclingen zur Unterstützung armer notleidender Wiener Kinder 1000 K, die Redaktion des „Neuen Wre Tagblattes“ für die notleidende Bevölkerung Wiens 1000 K, Pflastermeister Karl Ficcardi für die Armen des 14. und 15. Bez. 1000 K, die amerikanische Kinderhilfsaktion für die Bürgerschule für Knaben 10, Quellenstrasse 1000 K, die Stammgäste des Gasthauses zum roten Ochsen in Basel zur Hälfte für notleidende Wiener Kinder 793 K, die Gesangsvereine „Fichte-Georgia“, Berliner Schubertchor, Berliner Liederfreunde, Männerchor Moabit und Vereinigte Quartettsänger als Sammelergebnis am zweiten Weihnachtsfeiertage für die hungernden Wiener Kinder 778 Mark, der Verein der Rohproduktenhändler Deutschlands für die notleidende Wiener Bevölkerung 500 Mark, Luise Holzinger, Schülerin der 3. Klasse in Fürth, für die am meisten Hungernden und Frierenden ihre Ersparnisse in der Höhe von 500 K, Bürgermeister D. Talbot in Aachen durch die Aachener Bank für Handel und Gewerbe zu Gunsten der armen Kinder Wiens 500 K, als Legat der verstorbenen Frau Johanna Schleidt für die Armen des XVII. Bezirkes 500 K, die „Internationale Kapellmeistervereinigung“ in Breslau für arme Kinder 450 K, Heinrich Richter in Augsburg als Ergebnis einer Sammlung zur Linderung der Not armer Wiener Kinder 412 K, Die Kinder der Volksschule in Zeutehn des Heimertag einer öffentlichen Weihnachtsfeier für die notleidenden Kinder Wiens 300 Mark, Fritz Wagner namens der Zimmerstutzengesellschaft „Falk“ in Burghausen in Oberbayern als Sammlungsergebnis bei der Sylvesterfeier zu Gunsten der notleidenden Kinder Wiens 200 K, Hans Hillebroth in Hamburg für die notleidenden Kinder Wiens 200 K, Ernst Gerlich, Kolonialwarenhändler in Kattowitz für die notleidende Bevölkerung Wiens 200 K, Herr Klöwe als Ergebnis einer Sammlung unter den Anwesenden der Garnisonsverwaltung in Stendal für die Notleidenden Oesterreichs 112 Mark, Ernst Sohn in Aachen zu Gunsten der Notleidenden Wiens 100 K, die Firma Job Gouda in Eijmuiden (Holland) 28 Tonnen Vollhähne, Leopold Neumann, Präsident des österreichischen Hilfsvereines in Chicago, als Sammlung dieses Vereines 50 Kisten Milch, 5 Kisten Speck und 12 Fässer gesalzenes Fleisch, Stadtrat Kaufbeuren eine grössere Sendung Liebesgaben (Dauerwurst, Mehl, Käse), Herr Schmid in Indianapolis eine Kiste mit Lebensmitteln, die Loge Nr. 29 vom Orden der Sternmänner in Mankato für 5 bedürftige Kriegswitwen mit zahlreichen Kindern 5 Pakete Lebensmittel, Frau Reimann in Hannover eine Lebensmittelpaket, der Direktor des neuen Operettentheaters in Bonn am Rhein den Reingewinn einer zu Gunsten der hungernden Kinder Wiens veranstalteten Vorstellung 1000 Mk, als Ergebnis einer anlässlich der Sylvesterfeier im Brüsseler Volkshause für die armen Kinder Wiens veranstalteten Sammlung 58 belgische Francs, Frau GR. Gabriele Walter verliest den Einlauf:

GR. Waldsam (Chr. Soz.) fragt, ob der Bürgermeister den Magistrat beauftragen wolle, die Konfektionierung der Armentkohle so zu organisieren, dass sie für den Geschäftsmann nicht umständlich und zeitraubend ist und ob er dafür sorgen wolle, dass den Armen die Anweisungen für den unentgeltlichen Bezug von Kohle von den Kohlenhändlern unbedingt eingeholt werden.

Egm. Reumann: Der Magistrat berichtet hierüber: Die Bezuhlung der Armentkohle wurde heuer so geregelt, dass die Anweisungen durch die Kohlenhändler bei der Genossenschaft der nichtprotokollierenden Händler mit Brennmaterialien allwohentlich einmal zur Einlösung gebracht werden können. Die Genossenschaft wird zu diesem Zwecke über jeweilige Anforderung mit Geldmitteln im Rahmen des von Gemeinderat hierfür genehmigten Kredites versehen. Die Genossenschaft hat ihre Mitglieder von diesem Vorgang durch ihre Fachzeitschrift in Kenntnis gesetzt. Vertreter des Magistrates hat am 15. ds. bei der Genossenschaft persönlich vorgesprochen, um zu bewirken, dass die Mitglieder die Anweisungen auf Armentkohle unbedingt zur Einlösung bringen, vorausgesetzt, dass der Grund der Einlösung nicht in dem Mangel an Kohle liegt. Die Nichtbefolgung der erlassenen Verfügung dürfte auf die verspätete Zustellung des Fachorgans an einzelne Mitglieder zurückzuführen sein. Eine Aenderung der geltenden Vorschriften erweist sich daher als unnötig.

GR. Erntner (Deutschnational) interpellierte wegen der Dauer der Gemeinderatsitzungen über den Betriebsabschluss der Strassenbahn hinaus.

Egm. Reumann: Ich nehme ohnehin nach aller Tunlichkeit darauf Rücksicht, dass die Gemeinderatsitzungen zu einer Zeit geschlossen werden, zu welcher die Benützung der Strassenbahn bei normalem Schlusse des Verkehrs noch möglich ist. Aus diesem Grunde setze ich bei einem voraussichtlich grösseren Umfang der Tagesordnung auch den Beginn der Sitzungen zu einer früheren Stunde an. Im übrigen hätte es genügt, wenn sich der Antragsteller in der vorliegenden Sache mündlich an mich gewendet hätte.

GR. Waldsam (Chr. Soz.) interpellierte wegen der Mangelstände auf dem städtischen Kohlenlagerplatz in der Gasgasse im XV. Bezirk und fragt, was der Bürgermeister zu deren Beseitigung zu tun gedanke, ob/ob/ eines Auftrags geben wolle, dass jede Bevornzung von Kohlenführern gegenüber den Konsumenten, die gezwungen sind, sich an ihr bisschen Kohle anzustellen, ausgeschlossen erscheint und ob er verfügen wolle, dass auf dem Kohlenlagerplatz nur 2 Tore passierbar sind und dass das 3. Tor abgesperrt wird.

Egm. Reumann: Der Magistrat berichtet: Bereits Anfang Oktober v. J. wurde an die Organe des städtischen Kohlenverkaufs das Verbot erlassen, an die sogenannten Kohlenführer Kohle abzugeben. Dieses Verbot wurde aufrecht erhalten, trotzdem die Kohlenführer sich mit allen Mitteln zu wehren suchten, die von ihnen bisher versorgten Kunden aufhetzten und demagogisch mit ihren Kunden scharenweise im Arde versuchten und hierbei zur Durchsetzung ihrer Forderungen invalide und Kranke als Vorspann benützten. Den Platzorganen wurde lediglich gestattet, höchstens drei Anweisungen auf einmal einzulösen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Kohlenführer sich Strohmänner bedienen, um eine grössere Anzahl von Anweisungen zu erhalten. GR. Waldsam wird ersucht, sich mit dem Leiter des Bezirkswirtschaftsamtes Stelle 5 ins Einvernehmen zu setzen.

GR. Gabriele Walter (Chr. Soz.) fragt ob der Bürgermeister, dahin wirken wolle, dass die Erhebungen des Bedarfes an Handarbeitsmaterial für die Mädchenschulen endlich abgeschlossen werden und das Nötige zur Beistellung des erforderlichen Handarbeitsmaterials schnelligst veranlasst werde.

Egm. Reumann: Auf Grund des von den Schulleitungen bekanntgegebenen Bedarfes musste eine Zusammenstellung des Gesamtbedarfes verfasst werden, was längere Zeit in Anspruch nahm. Nach Vollendung desselben wurde vom Magistrat am 21. ds. das städtische Wirtschaftsamt, das mit der Abwicklung der durch den Ankauf von Sachgütern aus der Demobilisierung für die Gemeinde entstandenen Transakte beauftragt ist, wegen Zuweisung der erforderlichen Materialien an diesen Sachgüter ersucht und auf die besondere Dringlichkeit der Angelegenheit aufmerksam gemacht. Ich werde das letztere Amt beauftragen die Angelegenheit schnelligst zu erledigen.

GR. Marie Walsch (Chr. Soz.) interpellierte wegen der Ansetzung eines Nachtragstermins zur Behebung von Familienfürsorgeblättern.

Egm. Reumann: Der in der Anfrage angeführten Gründe wurde bereits vor Einbringen der Interpellation Rechnung getragen. Im Einvernehmen mit dem Komitee der internationalen Hilfsaktionen hat das Bezirkswirtschaftsamt verfügt, dass bei den Brotkommissionen auch weiter, von Montag, den 26. angefangen, Familien-Fürsorgeblätter ausgestellt werden.

GR. Dr. Odenthal (Chr. Soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass ein Antrag der Bezirksvertretung Währing, betreffend die Kleingartenbewegung in Verlust geraten sei. Es werde behauptet, dass der Antrag von Währing abgesendet worden, doch beim Magistrat Wien nicht eingelangt sei.

Egm. Reumann: In der Kürze der zur Verfügung gestandenen Zeit konnte nur festgestellt werden, dass das in Betracht kommende Geschäftsstück weder in dem Eingangsbuche des Präsidialbüros noch in jenem des Landwirtschaftsamtes verzeichnet ist, darnach zu schliessen, ist das Geschäftsstück in keines der beiden Ämter gelangt. Ich habe dem Auftrag erteilt, nach dem Verbleib des Aktes zu forschen und mir zu berichten. Im übrigen hätte es für die Angelegenheit wohl einen kürzeren Weg als den einer Anfrage in dem Gemeinderate gegeben. Ich hätte während dieser Zeit schon Gelegenheit gehabt, die Sache feststellen zu lassen.

GR. Feldmann (National Dem.) weist in einer Anfrage auf die ungleichmässige Belieferung bzw. Bevornzung einer Konsumentenkreise bei der Ausgabe von Zucker hin und betont, dass entgegen den Verlautbarungen, dass die 2. Hälfte November-Zucker infolge der schleppenden Einläufe noch nicht ausgegeben werden kann, Organisationen von Staatskäufern, insbesondere solche der Eisenbahnen bereits im vorigen Monat den ganzen November-Zucker und auch schon den Dezember Zucker zugewiesen erhielten. Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs für Volksernährung sollen die bisher nicht eingelösten Zuckerarten mit einem bestimmten Zeitpunkt verfallen erklärt und nicht mehr eingelöst werden und soll sich von diesem Zeitpunkt an der Zuckerpreis um 50 K pro kg bewegen. Durch ein solches Vorgehen würden jene Bevölkerungskreise, welche den November und Dezember-Zucker noch nicht erhalten haben, gegenüber jenen bevorzugt belieferten Organisationen, die bereits den Zucker für die Monate November, Dezember und zum Teil auch Jänner erhalten haben, geschädigt werden. Da diese Angelegenheit auch einen grossen Teil der Wiener Bevölkerung trifft, wird gefragt, ob der Bürgermeister beim Staatssekretär dahin vorstellig werden solle, dass auch die übrige Bevölkerung Wiens den ihr noch zukommenden Zucker zu den jetzt festgesetzten Preis erhält und dass die vorbenannten bevorzugten Organisationen jetzt umso lange keinen Zucker zugewiesen erhalten, bis ein völliger Ausgleich stattgefunden hat, so dass die Leiden, die uns durch die Verhältnisse aufgezungen werden in der Bevölkerung wenigstens gleichmässig verteilt werden.

Egm. Reumann: Es ist richtig, dass die Eisenbahnen und andere Organisationen bereits den Dezemberzucker erhalten haben, wahrscheinlich auch die Jännerquote. Ebenso ist die Provinz zum Teil mit Zucker wesentlich besser beliefert, als die Stadt Wien. Bei den verschiedenen Besprechungen mit den Vertretern des Ernährungsamtes bzw. mit der Zuckerstelle wurde sowohl seitens der Gemeinde als auch der Wiener Kaufmannschaft über diese bevorzugten Belieferungen bisher vergeblich Klage geführt. Ich werde beim Staatsamt für Volksernährung diesbezüglich vorstellig werden.

GR. Schleifer (Soz. Dem.) widerlegt in einer Anfrage, die von GR. Kunschak in der letzten Sitzung gegen den Arbeiterrat des IX. Bezirkes in Zusammenhang mit der Wohnungsaufnahme im Palais Kranz gemachten Vorwürfe und fragt, ob der Bürgermeister die Anschuldigungen des GR. Kunschak durch amtliche Organe raschestens untersuchen lassen und sodann dem Gemeinderate das Resultat dieser Untersuchung bekanntgeben lassen wolle.

Außerdem bezüglich der gegen den Bezirksarbeiterrat Alsergrund vorgebrachten Vorwürfe des GR. Kunschak bezüglich der angeblichen Beschlagnahme des Heilanstitutes für Vibroinhalation fragt GR. Schleifer (Soz. Dem.), ob der Bürger-

meister auch in diesem Falle die Anschuldigungen des GR. Kunschak untersuchen lassen und das Resultat der Untersuchung dem Gemeinderate bekanntgeben wolle.

Egm. Reumann: In Beantwortung der beiden Anfragen bringe ich nachfolgenden Bericht des Wohnungsamtes zur Kenntnis:

Unter Bezugnahme auf die in der letzten Gemeinderatsitzung von GR. Kunschak (Chr. Soz.) gegen die Wohnungskommission im IX. Bezirk wegen bevorzugter Behandlung des Palais des Dr. Kranz erhobene Vorwürfe bringt Egm. Reumann nachstehenden Bericht des Wohnungsamtes zur Kenntnis: In gedachten Palais wurde am 29. Juli 1919, also eine geraume Zeit vor der Durchführung der Wohnungsaufnahme, vom Wohnungskommissär für den IX. Bezirk ein Lokalausschein abgehalten, als dessen Ergebnis östliche Räumlichkeiten des Parterres und des I. Stockes der Gebäude als überzählige Wohnungsbestandteile angefordert wurden. Gegen diese Anforderung hat Dr. Kranz den Einspruch erhoben und ein Schreiben des Delegaten des Ministeriums des Aeusseren des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass die angeforderten Räumlichkeiten für Amtszwecke des gedachten ausländischen Funktionärs in Aussicht genommen wurden und dass der Hauseigentümer ihn auch diesbezüglich bereits vor Monaten ein Optionsrecht eingeräumt hat. Mit Rücksicht darauf wurde eine am 17. Oktober v. J. stattgehabte Verhandlung des Mietesamtes zwecks definitiver Aeusserung des S. H. S. - Delegierten, sowie zwecks Einholung eingehender Gutachten über die Möglichkeit der eventuellen Adaptierung des Gebäudes für normale Wohnzwecke vertagt. Hervorgehoben muss werden, dass es sich um Räumlichkeiten handelt, die zu den eigentlichen Wohnräumen des Dr. Kranz gehören; ausser diesen Räumlichkeiten befinden sich im II. Stock Büroräume der d. S. Presshefe- und Spirituszentrale. Von diesen letzteren Räumlichkeiten hat Dr. Kranz an den Arbeiterrat 5 Zimmer im Monat Oktober, also nach der Anforderung seiner Wohnräume um einen Anerkennungszins vermietet. Durch diese Vermietung wurden jedoch keinerlei Wohnräume dem Wohnzwecke entzogen, denn es handelt sich um Bürolokalitäten der Presshefe- und Spirituszentrale, die in ihren Betrieben eingeschränkt wurde, es hat aber auch durch diese Vermietung keinerlei Beeinträchtigung der oben angeführten Anforderung stattgefunden. Bei der allgemeinen Wohnungsaufnahme wurden am 3. Dezember v. J. im Palais Kranz 3 Aufnahmeblätter ausgefertigt, welche überprüft wurden und deren Inhalt mit dem vorstehenden Sachverhalt übereinstimmt. Es liegt daher kein Anlass zu einer weiteren Verfügung vor.

In Zusammenhang mit der Frage des Palais Kranz hat GR. Kunschak die angeblich ungünstige Behandlung des Heilanstitutes für Vibro-Inhalation, IX., Peregringasse 2 besprochen. In der Angelegenheit dieses Institutes haben auch VB. Winter und Abgeordneter und GR. Dr. Dannberg Auskünfte vom Wohnungsamt eingeholt. Es konnte auf alle diese Anfragen festgestellt werden, dass es sich hinsichtlich einer allfälligen Anforderbarkeit der Räume dieses Institutes höchstens um eine Meinung von Mitgliedern der Besichtigungs-Kommission gehandelt haben kann, dass aber nach Feststellung des Wohnungskommissärs für den IX. Bezirk eine Anforderung der fraglichen Lokale nicht erfolgt ist und auch nicht beabsichtigt war. Es ist daher auch in dieser Sache nichts weiteres zu verfügen. Der Bürgermeister fügt hinzu: Der vorstehende Bericht zeigt also dass die Angelegenheit hier vollständig unrichtig dargestellt wurde.

GR. Huber (Chr. Soz.) interpellierte wegen der Gemüseversorgung Wiens und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass der Pferdedünger von den städtischen Fuhrwerksbetrieben den Gemüsegärtnern überlassen wird, dass zur Heizung der Warmhäuser das nötige Brennmaterial zu Verfügung gestellt wird, dass das zur Deckung der Warm- und Frühbeete nötige Holz von dem aus der Sachdemobilisierung angekauften Material abgegeben wird, dass allen Berufsgärtnern die zur Versorgung Wiens unbedingt nötigen Gründe in Pachte weiter belassen werden, dass den Gemüsegärtnern von der Sachdemobilisierungskommission die Pferde belassen werden oder ihnen das Vorverkaufsrecht zugestanden wird und ob der Bürgermeister beim Staatsamt für Finanzen vorstellig werden wolle, um eine rasche Erledigung der eingebrachten Reklame über ungerechtfertigte Steuervorschreibungen zu betreiben.

Bgn. Reumann: Die in der Anfrage gestellten Anträge fallen in den Wirkungskreis verschiedener städtischer Aemter. Die Förderung des gärtnerischen Gemüsebaues ist eine äusserst wichtige und gründliche Angelegenheit, die für die Approvisionierung Wiens von grosser Bedeutung ist. Ich werde den Magistrat beauftragen die Anträge eingehend zu prüfen und ihre weitere Durchführung, soweit sie in den Wirkungskreis der Gemeinde fallen, mit aller Beschleunigung in die Wege zu leiten.

GR. Reutter (Chr.-Soz.) weist in einer Interpellation darauf hin, dass nach Übergabe der Kriegsküchenaktion ein Dr. Geist die Preise für die Mahlzeiten in den Kriegsküchen um mehr als das Doppelte erhöht wurden und dass die öffentlichen unentgeltliche Auspeisung eingestellt worden sein soll. Es wird gefragt, ob es richtig ist, dass eine unentgeltliche Auspeisung nicht mehr stattfindet wenn ja, aus welchen Gründen diese eingestellt wurde, wie gegenwärtig der Stand der Kriegsküchen ist und zu welchen Preisen die Mahlzeiten verabreicht werden und wer gegenwärtig der verantwortliche Leiter der Kriegsküchen ist, nachdem Dr. Geist bereits Wien verlassen hat.

Bgn. Reumann: Die unentgeltliche Auspeisung ist nicht eingestellt, es nehmen an derselben derzeit rund 51.000 Personen teil. Davon werden rund 8000 Personen auf Grund der ausgestellten Gutscheine täglich unentgeltlich ausgepeist, während die restlichen Personen einen Regiebeitrag von 30 h zu zahlen haben. Die Einführung dieses Beitrages hatte zur Folge, dass die unentgeltliche Auspeisung von rund 100.000 auf 51.000 zurückgegangen ist. Die 7 Kriegsküchen des Kuratoriums zur Speisung dürftiger Kinder und 9 andere Küchen werden nach wie vor von der Fürsorgezentrale verwaltet, ihre Belieferung wurde jedoch der Vienna public Feeding übertragen. Alle anderen Kriegsküchen sind in den Betrieb der genannten Gesellschaft übergegangen, die durchschnittlich 45.000 Personen täglich ein Mittagessen um 3 K verabfolgen. Verantwortlich für den Küchenbetrieb sind die Geschäftsführer, deren Gebarung vom Aufsichtsrat überprüft wird, indem die Gemeinde durch den StR. Kokora und dem GR. Dr. Fehmel vertreten ist.

GR. Zimmerl (Chr.-Soz.) fragt, ob den Bürgermeister bekannt ist, dass während der Zeit, da die Strassenbahn nicht verkehren konnte und in der Wirtschaft jeden Einzelnen tief einschneidende Sparmassnahmenverfügungen getroffen wurden, in den Kanzleien der Bezirksarbeiterräte in Neubau und Mariahilf die behördlichen Sparmassnahmen, wozu ab 3 Uhr Büroräume nicht mehr beleuchtet werden dürfen, nicht beobachtet wurden, ob er geneigt ist, kompetenden Orten dahin zu wirken, dass die Sparmassnahmen, falls sie sich wieder als notwendig erweisen sollten, ausnahmslos von jedermann zu beobachten sind, sodass auch die Bezirks- und Kreisarbeiterräte in dieser Beziehung keine Ausnahme bilden und ob der Bürgermeister den Elektrizitätswerken einen Auftrag dahin erteilen wolle, dass, falls die Bezirks- und Kreisarbeiterräte, bzw. ihre Kanzleien in Zukunft die behördlichen Vorschriften nicht beachten, diese von Strombezugs ausschalten.

Bgn. Reumann: Mir sind die von Anfragestelle angeführten Verfälle nicht bekannt. Im übrigen sind die Sparmassnahmen selbstverständlich von allen einzuhalten, für die sie gelten. Einer besonderen Veranlassung meinerseits bedarf es hierbei nicht. Es bedarf auch keines eigenen Auftrages an die Elektrizitätswerke im Sinne der Anfrage, da diese Direktion auf Grund der behördlichen Verordnung schon selbst weiss, was sie bei Überschreitung des zulässigen Strombezuges zu tun und wann sie mit der Einstellung der Stromlieferung vorzugehen hat.

GR. Untermüller (Chr.-Soz.) interpelliert wegen der Nichtbeachtung der Sparmassnahmen durch den Bezirksarbeiterrat Mariahilf und fragt, ob dem Bürgermeister die Verletzung der behördlichen Vorschriften durch den Arbeiterrat bekannt sei und was er zu tun gedenkt, um den behördlichen Anordnungen allen gegenüber Geltung zu verschaffen.

Bgn. Reumann: Diese Anfrage ist bereits durch meine Ausführungen auf die gleiche Anfrage des GR. Zimmerl beantwortet. Debrigens werde ich beide Anfragen dem städtischen Elektrizitätswerke zu weisen, damit das Entsprechende veranlasst wird.

GR. Untermüller (Chr.-Soz.) weist in einer Anfrage auf den finanziellen Nachteil der Besitzer der Zeit- und Streckenkarten durch die Voreinstellung der Strassenbahn hin und fragt, wie es die Gemeindeverwaltung rechtfertigen kann, dass keinerlei Vorkehrungen für die Zeitlicher BetriebsEinstellung getroffen waren und was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um die Besitzer von Zeit- und Streckenkarten schadlos zu halten.

Bgn. Reumann: Ich habe bereits im Herbst des Vorjahres nachgewiesen, dass sich bei BetriebsEinstellungen der Strassenbahn ein entsprechender Ersatzverkehr nicht einrichten lässt. Die massgebenden Verhältnisse haben sich seither nicht geändert, weshalb auch diesmal ein Ersatzverkehr nicht ins Auge gefasst werden konnte. Den zweiten Punkt der Anfrage betreffend werde ich der Direktion der Strassenbahnen anweisen, geltend gemachte Ersatzansprüche in befriedigender Weise zu realisieren. Es ist ganz natürlich, dass wenn die Verhältnisse dieselben bleiben sollten, die Strassenbahn keine Strecken- und Monatskarten mehr ausgeben wird können. Was den Ersatzverkehr anlangt, so ist darüber auch im „Abend“ geschrieben worden, die Einrichtung eines solchen Ersatzverkehrs würde die Einstellung entsprechend instandgehaltener Automobile erfordern, wozu aber die Gemeinde weder die notwendigen Garagen, noch Arbeitskräfte, noch Werkstatteinrichtungen besitzt. Auch der Stand der Benzinversorgung ist ein sehr schlechter, und es ist auch fast unmöglich Benzin zu verschaffen.

GR. Doppler (Christlsoz.) urgiert seinen Antrag bezüglich der unentgeltlichen Beförderung der Finanzwachorgane in Uniform auf der Strassenbahn und fragt, was hinsichtlich dieses Antrages bisher veranlasst worden ist und ob der Bürgermeister diesen Antrag mit Rücksicht auf seine Dringlichkeit der ehesten Beschlussfassung zuführen wolle.

Bgn. Reumann: Der Antrag wurde am 9. Oktober der Strassenbahndirektion zur Behandlung zugewiesen. Noch im demselben Monate hat sich der Stadtrat mit der Frage befasst und beschlossen, diese Preisfreiheit nicht zu gewähren. Von diesem Beschlusse wurden der Anfragsteller am 24. Oktober verständigt. In der Gemeinderatssitzung vom 9. ds. hat übrigens GR. Waldman eine mit der vorliegenden Interpellation gegenständlich gleiche Anfrage gestellt, in deren Verfolg von der Strassenbahndirektion vor einigen Tagen im Hinblick auf den Stadtratsbeschluss im ablehnenden Sinne berichtet wurde. Die Beschlussfassung des Stadtrates steht noch aus.

GR. Fischer (Soz.-Dem.) sagt in einer Anfrage, dass die den Wiener Hausbesitzern zugebilligte Remuneration bis zum 31. Oktober 1919 hätte angewiesen werden sollen. Der grösste Teil der Wiener Hausbesitzer sei noch immer nicht in Besitze des ihnen zugestandenen Betrages gelangt. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, seinen Einfluss auf die beteiligten Faktoren auszuüben, dass den benötigten Gemeinderatsbeschlüssen von Mai 1919 Rechnung getragen werde.

Bgn. Reumann: Die Anfrage wurde knapp vor Beginn der Sitzung eingebracht und wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) stellt folgenden Antrag: Zeitungsnachrichten zufolge hat der Staatssekretär für Finanzen erklärt, dass beabsichtigt wird, den Staatsbediensteten in dem in naher Aussicht stehenden Pensionsgesetz die gleitende Zulage nach demselben Gesichtspunkte wie den aktiven Staatsbediensteten zu gewähren. Hiemit ist die Möglichkeit gegeben, die gleiche von der Gemeinde Wien schon seit längerer Zeit geplante Massnahme für die Pensionisten der Gemeinde und die Witwen und Waisen nach Gemeindebediensteten durchzuführen. Ich stelle daher den Antrag: Den im Ruhestand befindlichen Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, sowie den Witwen und solchen Angestellten wird die gleitende Zulage inselben Ausmaße

und nach dem gleichen Gesichtspunkte wie den aktiven Angestellten der Gemeinde zuerkennen.

GR. Schmitzer (Chr.-Soz.) stellt den Antrag, im Interesse der notleidenden Bevölkerung die Fürsorgeblätterspendung zu verlängern, resp. zu verlängern, damit auch die Zusätzlichen der Aktion teilhaftig werden können.

GR. Walter (Chr.-Soz.) beantragt: Die Schaffner der Strassenbahn sich anzuweisen, abgebrauchte Kassenscheine der Gemeinde Wien bei der Zahlung des Fahrgeldes von den Fahrgästen anzunehmen.

GR. Walter (Chr.-Soz.) stellt den Antrag: Alle mit der Nahrungsfrage beschäftigten Aemter müssen für eine gleichmässige Verteilung aller Lebensmittel auf Qualität und Quantität Sorge tragen. Eine strenge Kontrolle ist zur Verhütung von Missbräuchen durchzuführen.

GR. Dr. Odehnal (Chr.-Soz.) beantwortet: Die Gemeinde ist bereit, städtische ihr gehörigen geeigneten Grundflächen insbesondere die durch Abholzung des Wiener Waldes freierwerdenden Gründe gegen einen angemessenen Pachtzins für Schrebergärten und Gartensiedelungszwecke auf die Dauer der Not oder auch in persönlichen Erbbaurecht für 10 Jahre zu verpachten. Zugleich erklärt sich die Gemeinde bereit auch Privatgründe als Generalpächterin in Pacht zu nehmen und sie den Schrebergärtnern und Gartensiedlern unter gleichen Bedingungen in unübertragbaren Subpacht zu überlassen. Der Grundpachtzins wird für das erste Jahr mit 10 h per Quadratmeter, sodann nach dem durchschnittlichen Wiener Marktpreis der Kartoffel in Verhältnis 1:0.10 bestimmt, so dass wenn z.B. ein Kilogramm Kartoffel K 2 kostet, per Quadratmeter 20 h Pachtzins zu entrichten sind.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) beantragt, die Gemeinde möge jene Vorkehrungen treffen, die auf eine planmässige Rodung des abgeholzten Wiener Waldes abzielen und das so gewonnene Ackerland den Schrebergartenorganisationen für beschleunigte Verwertung zur Verfügung stellen. In formeller Beziehung wird die Einsetzung eines gemeinderätlichen Ausschusses verlangt, der diese Frage unter Zuziehung von städtischen Fachreferenten und Abgesandten der Schrebergartenorganisationen gesonderten Beratungen zu unterziehen hätten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsässigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf nur Erledigung der Tagesordnung geschrieben.

Nach einem Berichte des GR. Brattner (Soz.-Dem.) wird ein Zuschusskredit von 20.000 K für die Erhaltung der Grundmarkthalle und der Fleischmarkthalle in der Invalidenstrasse genehmigt.

Nach einem weiteren Antrage des StR. Brattner wird die Schulgeldminderung der Gemeinde Wien für die Preiplätze an der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst für das Schuljahr 1919/20 auf rund 16.000 K erhöht.

Nach einem Berichte des GR. Brattner wird der erfolgte Ankauf von 423 Vollgummirifen im Gesamtkostenbetrage von 1.672.888 K von der Autoreifen-Einfuhr-Gesellschaft für die städtischen Lastkraftwagen genehmigt.

Nach einem weiteren Berichte des GR. Brattner wird der Direktion der Kraftwagenunternehmung zum Einkaufe von Benzin ein über den bereits bewilligten Betriebsvorschuss von 4 Millionen hinausgehender weiterer Betriebsvorschuss in Betrage von 2.250.000 K nachträglich bewilligt.

Schliesslich wird nach einem Berichte des GR. Brattner eine Regelung der Kessellegungsgebühren der städtischen Heizarbeiter beschlossen und zur Deckung des dadurch entstehenden Mehrerfordernisses von 22.260 K ein Zuschusskredit bewilligt.

Nach einem Berichte des Vize-Bgn. Reumann erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, zur Förderung der baldigen Fertigstellung und Aufstellung des Johann Strauss-Denkmalen ausser der bereits im Jahre 1916 flüssig gemachten Subvention neuerlich einen Beitrag bis zum Höchstbetrage von 35.000 K unter der Voraussetzung zu gewähren, dass das Staatsamt für Inneren und Unterricht einen gleich hohen Betrag bewilligt, und die Arbeiter so beschleunigt werden, dass die Aufstellung des Denkmalen möglichst noch im Jahre 1920 erfolgen kann.

VB. Emmerling beantragt den vorbereiteten Ausschuss für die Aktion zur Unterbringung bedürftiger Hörer der technischen Hochschule in der Schweiz zur Sicherstellung der Verpflegung auf der Reise und zur Beteiligung der Teilnehmer einen Betrag von 5000 K zu bewilligen. Es sollen 150 Hörer der technischen Hochschule in die Schweiz gehen, um dort einen Erholungsurlaub zu verbringen. Dem Antrage wird zugestimmt.

Nach einem Berichte des VB. Emmerling wird dem Ansuchen des elektrotechnischen Vereines eine Subvention von 2000 K bewilligt.

Das abgeänderte Projekt für den Ausbau der Kesselanlage in Ebenfurth wird nach einem Berichte des VB. Emmerling mit einem Gesamtbetrage von rund 14 Millionen K genehmigt.

VB. Emmerling berichtet über die Abänderung der Mitgliederzahl einiger gemeinderätlicher Ausschüsse, da in einzelnen Ausschüssen die Minoritätsparteien nicht ihrer Stärke entsprechend vertreten sind. Seinen Berichte zufolge wird die Mitgliederzahl von 5 auf 6 erhöht, und die Zahl der Mitglieder der Kommission zur Ueberwachung des Steinbruchbetriebes am Exelberg von 5 auf 3 herabgesetzt.

GR. Dr. Grün (Soz.Dem.) berichtet über den Ankauf von Gekonomiegründen für die Lungenheilstätte Steinklamm um 30.000 K. Sein Antrag wird genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Iser (Soz.Dem.) wird für die Instandsetzung der Maschinen der Kühlanlage in der Großmarkthalle ein Betrag von 200.000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Hackl (Soz.Dem.) wird dem Ansuchen der Gemeinde Hadersdorf-Weidlingau um Ueberlassung von Grundflächen zum Kartoffelanbau für das Jahr 1920 unter den üblichen Bedingungen stattgegeben.

Nach einem weiteren Berichte des GR. Hackl (Soz.Dem.) wird zu den Kosten für das im städtischen Gartenbetriebe benötigte Fuhrwerk ein Zuschuss, Kredit von 143.500 K bewilligt.

Ueber Antrag des GR. Schorach (Soz.Dem.) wird an die Arbeiterschaft des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth, deren Dienstverhältnis durch Kollektivvertrag geregelt ist, eine einmalige Zuwendung bewilligt, welche für Familienkhalter 500 K, für die übrigen Bediensteten 340 K und für die Jugendlichen 170 K beträgt.

VB. Heas übernimmt den Vorsitz.

Ueber Antrag des GR. Siegel (Soz.Dem.) wird für die Herstellungen

von Spielplätzen und Gartenanlagen beim Kindergartengebäude X., Lainbckergasse ein Zuschusskredit von 25.200 K genehmigt.

Nach einem Antrage des GR. Siegel (Soz.Dem.) werden für die Inneneinrichtung der Kaffeeküche im Strassenbahnhof „Vorgarten“ die Kosten von 40.000 K bewilligt.

Der Kollektivvertrag mit den Steinarbeitern in Oberösterreich wird nach einem weiteren Antrage des GR. Siegel (Soz.Dem.) ebenfalls genehmigt.

GR. Siegel (Soz.Dem.) berichtet über Änderungen der die technischen Verwaltung betreffenden Ansätze des Hauptvoranschlags. Es sollen bei 17 Posten, die verschiedene Bauten betreffen und für die ein Betrag von 63.052.450 K genehmigt war, ein richtiggestellter Betrag von 43.517.350 K genehmigt werden, da sich unter den derzeitigen Verhältnissen die Unmöglichkeit herausstellt, die in diesen Posten aufgeführten Bauten in dem veranschlagten Umfange auszuführen.

GR. Wawerka (Chr.Soz.): Ich erinnere Sie daran, welchen Krawall sie in der Minorität gemacht haben, wenn bei einem Schulbau 20.000 K erspart wurden. Durch den ganzen sozialdemokratischen Blätterwald von der Arbeiterzeitung angefangen bis zum letzten Wochenblatt, ist ein Geschrei losgegangen, über die Schulfeindlichkeit der Christlichsozialen, die 20.000 K bei einem Schulbau ersparen und Bildungszwecken entziehen. Heute kommen sie als Majorität und legen ein Referat vor, wo sich weniger als 9.690.000 K bei den eigenen Geldern und 7.855.100 K bei den Investitionsgeldern aus dem Budget gestrichen werden, und zwar durchaus bei Posten, die lediglich Bildungs- Humanitäts- und Sanitätszwecken gewidmet sind. Wir hätten nicht geglaubt, dass in einer so kurzen Zeit eine solche Wandlung möglich ist. Bei der Schule in der Troststrasse und Malborghetgasse im X. Bezirk werden von 3 Millionen K 2 Millionen K gestrichen, so daß der Bau stark gefährdet erscheint. Diese sogenannte Reumannschule, die erste, die unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister gebaut werden soll, hat bereits den Gemeinderat beschäftigt. Mein Kollege Biber hat bei der seinerzeitigen Erstattung des Referates zum Ausdruck gebracht, daß der Magistrat Bedenken habe, ob diese Schule notwendig ist, da die Kinderzahl zurückgeht. Es ergibt sich aber pro Schule nur ein Rückgang von 40 Schülern im X. Bezirke von Jahre 1917 auf das Jahr 1918 und ich kann mich nicht zur Ansicht bekehren lassen, daß der Bau dieser Schule nicht dringend notwendig wäre. Ich verlange, daß der Bau wenigstens soweit, als es die bereits bewilligten Mittel gestatten, heuer durchgeführt wird. Wir unterlassen es Anträge zu stellen, weil jeder Antrag vergebens wäre. Wir können uns aber nicht entschliessen für den Antrag zu stimmen und werden uns daher der Abstimmung enthalten.

GR. Radolf Müller (Soz.Dem.) wendet sich dagegen, dass bei der Post der Steinbrüche 500.000 K abgezogen werden sollen. Die Steinbrüche waren schon zur Zeit des Kaufes nicht gut, sind auch jetzt schon ziemlich aufgebraut. Es ist notwendig, die Brüche technisch auszugestalten und die Betriebsführung in eine bessere und tauglichere umzugestalten. Heute haben die Brüche noch einen Ueberschuss von 190.000 K, der aber nächstes Jahr, wenn so fort gearbeitet wird, nicht mehr da sein wird, sondern dass ein Passivum sich ergeben wird. Wenn auch jetzt die Gemeinde das Geld zur Ausgestaltung der Steinbrüche nicht hat, so müsse er aber dennoch darauf bestehen, dass die Steinbrüche ausgestaltet werden.

GR. Angermayer (Christl.Soz.) spricht sich gegen die Streichung der Post für die Schule, die an Heumarkt errichtet werden soll, aus und weist darauf hin, dass der Bezirk Margareten, was die Schulen anbelangt, wohl von allen Wiener Bezirken am schlechtesten daran ist. Es sei schon soweit, dass der Schulbetrieb nur noch zur Not aufrecht erhalten werden könne. Er müsse daher gegen die Streichung dieser Post stimmen.

Der Referent St. Siegel führt in seinem Schlusswort aus: Ich möchte nur feststellen, dass das Erstaunen des GR. Wawerka über das was in diesen Referate beabsichtigt sein soll, ganz unbegründet ist, denn die Aufstellung dieser Liste ist im Einvernehmen und im Einverständnis mit den Vertrauensmännern der christlichsozialen Partei im Finanzkomitee und im Stadtrate erfolgt. Sein Erstaunen ist also vielleicht nur auf die schlechte Berichterstattung dieser Vertrauensmänner an ihre Parteigenossen zurückzuführen. Was die Sache selbst anbelangt, will ich nur sagen, dass alle Refirichtungen, als ober der eine oder andere Bau überhaupt nicht in Angriff genommen werden soll, unberechtigt sind. Die Streichungen ergeben sich automatisch daraus, dass infolge des Baustoffmangels es nicht möglich ist, die veranschlagten Summen

schon in diesem Budgetjahr zur Verauszahlung zu bringen, selbst dann nicht, wenn die Bauten auch heuer noch in Angriff genommen werden sollten. Diese Beträge werden also im heurigen Budget jedenfalls erspart und haben mit diesem Budget nichts zu tun. Wir hätten die Sache ja auch anders machen können, indem wir uns die Richtigestellung für den Rechnungsabschluss aufgespart hätten, es wäre dies aber ein Vorgang gewesen, der, wenn er auch früher geübt wurde, auf keinen Fall gut geheissen werden könnte. Wir wollen eben dem Budget jene Gestalt geben, die durch die Verhältnisse bedingt ist.

Die Anträge des Referenten werden sodann genehmigt und die Sitzung abgebrochen.